



Zur Presseberichterstattung über die Abschiebung einer Roma-Familie aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg teilt das Innenministerium mit:

HANNOVER. Innenminister Boris Pistorius war der konkrete Fall der am Wochenende abgeschobenen Mitglieder einer Roma-Familie aus Lüchow-Dannenberg zuvor nicht bekannt. Vielmehr war er nur allgemein über bevorstehende Abschiebefälle von Personen informiert worden, die in der Vergangenheit Straftaten begangen hatten. Der Innenminister wird sich diesen Einzelfall im Detail unverzüglich vorlegen lassen und unvoreingenommen prüfen. Nach Abschluss dieser Prüfung wird entschieden, ob es bei den getroffenen Entscheidungen bleibt.

Darüber hinaus weist Pistorius darauf hin, dass er die Fachabteilung seines Hauses beauftragt hat, den Vollzug von Abschiebungen insgesamt zu überprüfen. „Ich lasse mir daher bis auf Weiteres einmal pro Woche alle zur Abschiebung anstehenden oder von den Ausländerbehörden der Kommunen angemeldeten Fälle vorlegen“, so Pistorius.

Wichtig sei zudem, Wege zu finden, dass Familien im Rahmen des Vollzugs von Abschiebungen nicht getrennt würden. Im Übrigen komme es dem Minister darauf an, alle Möglichkeiten zu prüfen, um nächtliche Abschiebungen zu vermeiden.

Allerdings reichten – so der Innenminister weiter – diese Maßnahmen nicht aus, sondern es müssten auch die Rechtsgrundlagen verändert werden, um wirklich neue Wege in der Ausländerpolitik gehen zu können. Dazu gehörten die Änderung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der Härtefallkommission im Land ebenso wie die Weiterentwicklung des Aufenthaltsgesetzes auf Bundesebene.

Minister Pistorius kündigte in diesem Zusammenhang eine Bundesratsinitiative an, um eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Ausländerinnen und Ausländer zu erreichen. Er geht davon aus, dass sich auch der Bundestag in diese Richtung bewegen werde, spätestens nach der Bundestagswahl im Herbst.

„Der Paradigmenwechsel in der Abschiebungspraxis wird erfolgen. Die neue Landesregierung steht für mehr Menschlichkeit in der Flüchtlings- und Asylpolitik“, sagte Minister Boris Pistorius am Dienstag in Hannover.